

Titelthema: Bloß nicht scheitern
»Merz führt von vorne«

Kriegsgefahr, Migration, Schuldenbremse: Der CDU-Abgeordnete Thorsten Frei spricht über die Vorhaben der nächsten Regierung

Tina Hildebrandt, Mariam Lau

DIE ZEIT: Herr Frei, Sie hatten auf ein Ergebnis von mindestens 30 Prozent für die Union gehofft. Warum hat das nicht geklappt?

Thorsten Frei: Das Wahlergebnis ist ein klarer Regierungsauftrag für Friedrich Merz und eine gewaltige Leistung nach dreieinhalb Jahren - Opposition. Sicher, wir hätten uns ein noch klareres, besseres Ergebnis gewünscht. Aber es gibt keinen Grund zu lamentieren. Der Souverän hat entschieden, und wir versuchen, das Bestmögliche daraus zu machen.

ZEIT: Ende Januar haben Sie im Bundestag gemeinsam mit der AfD für einen Antrag zur Migrationspolitik gestimmt. Haben Sie damit womöglich den verblüffenden Aufschwung der Linken befördert und auch der AfD geholfen?

Frei: Unsere Fraktion hat einen Antrag und einen Gesetzentwurf zur Abstimmung gestellt, die zumindest für die SPD grundsätzlich zustimmungsfähig gewesen wären. Wäre die SPD bereit gewesen, mit uns einen gemeinsamen Weg zu gehen, wäre nicht nur das Ergebnis der Linken schlechter ausgefallen, sondern die SPD selbst hätte deutlich besser abgeschnitten. Auch das AfD-Ergebnis wäre möglicherweise niedriger ausgefallen, wenn die Parteien der politischen Mitte gezeigt hätten, dass sie auf Herausforderungen gemeinsam reagieren.

ZEIT: Nun haben AfD und Linke im künftigen Bundestag eine Sperrminorität. Deshalb gibt es die Idee, noch mit den Mehrheiten des alten Bundestages eine Reform der Schuldenbremse zu beschließen, die auch ein Sondervermögen für die Bundeswehr möglich machen würde.

Frei: Eine Reform der Schuldenbremse kann ich mir nicht vorstellen. Ich fände es politisch höchst problematisch, wenn der 20. Deutsche Bundestag, der eine fast vollständig erloschene demokratische Legitimität hat, in seinen letzten

Tagen noch solche grundlegenden Entscheidungen treffen würde.

ZEIT: Allerspätestens seit der Münchner Sicherheitskonferenz wurde deutlich, dass die Amerikaner uns den Rücken zugewandt haben und sogar bereit sind, Putins Wünsche zu erfüllen.

Frei: Exakt. Wir kannten Donald Trumps außenpolitische Vorstellungen. Aber durch die Münchner Sicherheitskonferenz, auch durch die Reden, Bemerkungen, Handlungen der vergangenen Tage ist eine neue Situation entstanden. Unsere sicherheitspolitische Generalversicherung, die Nato, wird offensichtlich zur Disposition gestellt, jedenfalls so, wie wir sie in den vergangenen Jahrzehnten kennengelernt haben. Wir müssen mit Frankreich, Großbritannien und Polen an der Widerstandsfähigkeit unserer Länder arbeiten. Ab sofort. Das kann bedeuten, dass wir sicherheitspolitisch Entscheidungen treffen müssen, die keinen Aufschub dulden. Deshalb hat Friedrich Merz gesagt, er wolle nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern auch mit den Grünen darüber sprechen.

ZEIT: Und da sehen Sie keine Probleme mit der "fast vollständig erloschenen demokratischen Legitimität" des Bundestages, von der Sie eben gesprochen haben?

Frei: Es gibt eine real gewachsene Kriegsgefahr. Wir können uns auf den Schutz der Nato nicht mehr vorbehaltlos verlassen. Das würde einen solchen Schritt aus meiner Sicht rechtlich und politisch rechtfertigen.

ZEIT: Wäre das aus Ihrer Sicht auch so etwas wie eine vertrauensbildende Maßnahme auf dem Weg zur neuen schwarz-roten Regierung?

Frei: Ich will keine kausale Verknüpfung herstellen, weil das ein absoluter Sonderfall wäre. Aber natürlich wäre es eine vertrauensbildende Maßnahme – und ein Signal an die Bevölkerung, dass die Par-

teien der politischen Mitte in der Lage sind, zum Wohl des Landes zusammenzuarbeiten, unter Zurückstellung von parteipolitischen Erwägungen.

ZEIT: Im Wahlkampf haben Union und SPD sich bekämpft, jetzt müssen Sie zusammenarbeiten, mit einer geschwächten SPD, die aber gerade deshalb viel verlangen muss, um ihren Mitgliedern eine Zusammenarbeit vermitteln zu können. Wie stellen Sie sich das vor?

Frei: Man muss sich zunächst gemeinsam das Wahlergebnis anschauen und Schlussfolgerungen daraus ziehen. Und das Wahlergebnis ist eindeutig: Die Ampelpolitik ist abgewählt worden. Deswegen kann es kein Weiter-so geben.

ZEIT: Was kann man aus dem Scheitern der Ampel lernen?

Frei: Ein großes Problem der Ampel war, dass man nur in sehr großen Abständen den Koalitionsausschuss hat tagen lassen, also den Ort, an dem die zentralen Akteure der Regierung vereint sind. Die Pakete, die da geschnürt wurden, sind deshalb im Laufe der Zeit immer größer geworden. Man hat alles mit allem verbunden, der gordische Knoten wurde immer dicker und verworrener. Und dann hat man 30-Stunden-Sitzungen abgehalten, um das aufzulösen. Es war erbarmungswürdig zu sehen, wie Tag und Nacht durchverhandelt wurde und dann Entscheidungen verkündet wurden, die einem ausgeschlafenen Geist nicht entspringen wären.

ZEIT: Nachtsitzungen wird es nicht geben?

Frei: Ich hoffe. Wenn ich irgendeinen Beitrag dazu leisten kann, dann werde ich das tun. Aber ich mache mir keine Illusionen. Regieren ist schwer, Regieren ist anspruchsvoll, und man bestimmt die Spielregeln nicht allein.

ZEIT: Friedrich Merz und Olaf Scholz sind quasi komplementäre Führungstypen: der eine zu impulsiv, der andere zu verschlossen.

Erst am Samstag hat Merz die künftigen Koalitionspartner noch "linke Spinner" genannt. Wo könnten die Probleme einer Regierungsführung unter Merz liegen?

Frei: Ich arbeite jetzt seit mehr als drei Jahren eng mit Friedrich Merz zusammen. Und ich kann nur sagen: Es ist eine Freude. Ja, er ist ein Mensch, der von vorne führt. Aber das ist für einen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland notwendig. Er verbindet dies zudem mit Integrationskraft. Als er im Herbst 2021 den Vorsitz übernommen hat, war die CDU in einer schwierigen Situation, inhaltlich und programmatisch ausgelaugt, erschöpft von einem ganz komplizierten Regierungshandeln. Politisch lagen wir weit auseinander. Friedrich Merz hat es innerhalb kürzester Zeit geschafft, die Volkspartei CDU zusammenzuführen. Gerade in der Migrationspolitik hat er nicht nur eine vollständige Kehrtwende hingelegt, sondern dabei auch noch die gesamte Partei mitgenommen.

ZEIT: Gleichzeitig hat Friedrich Merz mit seiner Ankündigung, ab Tag eins qua Richtlinienkompetenz durchzugreifen, dermaßen von vorne geführt, dass die SPD, mit der Sie jetzt regieren wollen, gesagt hat: So nicht! Er hat sich auch sehr festgelegt bei seinen fünf Punkten zur Asylpolitik. Keine Kompromisse. Gilt das noch?

Frei: Ich halte nichts davon, wenn man nach Wahlen anders redet als vorher. Der Fünf-Punkte-Plan von Friedrich Merz ist nicht vom Himmel gefallen, sondern war die logische Konsequenz aus den Attenta-

ten von Brokstedt, Mannheim, Solingen, Magdeburg, Aschaffenburg und München. Ich bin davon überzeugt, dass wir in der Migrationspolitik zu einem gemeinsamen Verständnis mit den Sozialdemokraten kommen können. In Fragen der Sicherheitspolitik stehen sie uns von allen Parteien am nächsten.

ZEIT: Dennoch gibt es in Sachen Grenzschießung und Zurückweisungen an der Grenze einen Diszens. Die SPD sagt, Asylbewerber zurückzuweisen, verletze Europarecht. Was, wenn Ihr Koalitionspartner da hart bleibt?

Frei: Niemand von uns hat von Grenzschießungen gesprochen. Man kann Grenzen nicht hermetisch abriegeln. Wir wären nicht bereit, den ökonomischen Preis dafür zu bezahlen. Wir haben intensive Grenzkontrollen gefordert. Die SPD hat bis zum 15. September 2024 behauptet, so etwas gehe nicht. Dann war es doch möglich, und seit dem 16. September vergangenen Jahres gibt es Kontrollen an den Grenzen zu allen neun Nachbarländern Deutschlands. Der Unterschied liegt in der Frage der Zurückweisungen. Da haben wir eine unterschiedliche Haltung. Wir sind der Auffassung, dass sich das durchaus sowohl mit dem deutschen Asylrecht als auch mit der europäischen Rechtsprechung vereinbaren lässt.

ZEIT: Könnte ein Kompromiss sein, dass man die Novellierung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (Geas) vorzieht, die etwa die Unterbringung aller Asylbewerber mit geringen Aussichten auf

Schutz an der Außengrenze vorsieht?

Frei: Ich bin mit Blick auf das Geas sehr skeptisch. Es wird unsere Probleme nicht lösen. An den europäischen Außengrenzen sollen 30.000 Plätze für Asylverfahren geschaffen werden – das ist ein Bruchteil dessen, was gebraucht wird. Und der Zeitraum, in dem diese Verfahren durchgeführt werden müssen, beträgt zwölf Wochen. Das ist viel zu knapp bemessen. Wessen Verfahren in dieser Frist nicht abgeschlossen werden konnte, darf nach Europa einreisen und wird weiterziehen. Es ändert sich also im Grunde nichts Substanzielles. Wir wollen Schengen verwirklichen, also Bewegungsfreiheit innerhalb Europas. Aber das setzt einen effektiven Außengrenzschutz voraus. Das ist unser Ziel. Kurzfristig kann man das nur mit Zurückweisungen erreichen. Langfristig brauchen wir eine Regelung, die es ermöglicht, abgelehnte Asylbewerber in sichere Drittstaaten zurückzuführen.

ZEIT: Sie werden als künftiger Kanzleramtsminister oder Innenminister gehandelt. Wo sehen Sie sich: eher in einer koordinierenden oder einer gestaltenden Rolle?

Frei: Für mich bedeutet Politik Gestaltung, und in beiden Ämtern kann man gestalten. Den von Ihnen angedeuteten Gegensatz würde ich nicht teilen.

Die Fragen stellten Tina Hildebrandt und Mariam Lau